

**Think Tank Tandem, 1. April 2017**

## **Welche Auswirkungen haben der Brexit und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten auf die Außenhandelspolitik der EU?**

**Sandra PARTHIE**, Institut der deutschen Wirtschaft, IW Köln

Während die Auswirkungen der Trump'schen Politik unklar sind, da bisher keine konkreten Initiativen oder Gesetzesänderungen stattgefunden haben, ist die Sachlage beim Brexit bereits deutlicher:

Wir können jetzt schon einen Rückgang der Exporte von Deutschland nach Großbritannien um im Durchschnitt ca. 9% in 2016 beobachten. Einige Branchen, v.a. Pharma und Autobauer bzw. Autozulieferer, sind mit 20%, respektive 18% Rückgang, sogar stärker betroffen. Daß diese Zahlen keine stärkere Unruhe innerhalb der deutschen Wirtschaft hervorrufen, liegt vermutlich v.a. darin begründet, daß das deutsche BIP im gleichen Zeitraum um 1,9% gewachsen ist.

Auf britischer Seite sind einige der „prä-Brexit-Schreckensszenarien“ nicht eingetreten. Der vorhergesagte Einbruch der Wirtschaft hat nicht stattgefunden. Die Aktienkurse beispielsweise liegen sogar über dem Vorreferendumsniveau. Die Abwertung des britischen Pfunds um ca. 10% hat die britische Binnenwirtschaft und ihre Exporte beflügelt.

Allerdings bleibt nun abzuwarten, wie sich potentiell höhere Verbraucherpreise in den nächsten Quartalen auswirken. Berechnungen des IW Köln gehen von einer langfristigen Pro-Kopf-Einkommensenkung in GB um ca. 10% aus.

Und wir dürfen nicht vergessen, daß bisher kein Brexit stattgefunden hat. Noch ist GB Mitglied der EU und des Binnenmarkts, noch gelten alle Verträge und Regelungen sowie Marktzugänge und die vier Grundfreiheiten. Das offizielle Austrittsgesuch, Ende März von Premierministerin Theresa May an EU-Präsident Tusk überreicht, hat sich aber schon in neuen Rückgängen bei den Investitionsabsichten bemerkbar gemacht.

Das IW Köln hat einen spieltheoretischen Ansatz zur Bewertung der möglichen Verhandlungspositionen von EU und GB erstellt. Die Analyse untersucht die jeweiligen Ergebnisse einer entweder kompromißlosen oder kompromißbereiten Haltung beider Partner. Im ersten Fall, in einem „Exit-WTO“-Szenario, verlöre Großbritannien den Zugang zum EU-Binnenmarkt und müßte mit etwa 6 Mrd EUR zusätzlicher Aufwendungen für Steuern und Zölle jährlich rechnen, spart aber im Gegenzug den EU-Beitrag von 9 Mrd EUR ein. Zeigten sich beide Seiten kompromißbereit könnte es zu einer „Norwegen“-Lösung kommen, in deren Rahmen GB

für den Zugang zum Binnenmarkt vermutlich ca. 5 Mrd EUR/jährlich an die EU zahlen würde.

Die letzten Ankündigungen sowohl von britischer, wie auch von europäischer Seite legen den Schluß nahe, daß wohl nicht mit großer Kompromißbereitschaft zu rechnen ist.

Wichtig für die EU und für die Positionierung deutscher und französischer Akteure ist, daß sie sich nicht auseinanderdividieren lassen. Das gilt insbesondere auch für Außenhandelsfragen. Und zwar nicht nur gegenüber Großbritannien, sondern auch gegenüber den USA.

Es war von hoher Bedeutung, daß die deutsche Kanzlerin bei ihrem Treffen mit Präsident Trump klar gemacht hat, daß die Zuständigkeit für Handelsfragen bei der EU liegt und diese sich an multilateralen Abkommen und Strukturen orientiert.

Wie erwähnt, sind die Auswirkungen der Trump'schen Politik in Außenhandelsfragen noch unklar. Die bisherige Rhetorik läßt jedoch auf ein Wiederaufleben von Protektionismus und Isolationismus in den USA schließen. Sie löst aktuell vor allem Unsicherheit in der Wirtschaft aus und stellt insbesondere für Exportnationen wie Deutschland, aber auch Japan, Mexiko oder China eine Gefahr dar.

Die USA haben die Kraft, die Weltwirtschaft merkbar zu bremsen und sowohl den Welthandel, als auch das globale Wirtschaftswachstum einzudämmen. Es ist nicht klar, wie diese Strategie dazu beitragen soll mehr Arbeitsplätze in den USA zu schaffen.

Protektionismusbestrebungen hat es über die letzten Jahrzehnte hinweg immer wieder gegeben. Doch die aktuellen Ankündigungen aus dem Weißen Haus stellen eine neue Qualität in der Debatte dar. Gerade die Idee von „border adjustment tax“ und anderen Strafzöllen ist in der Vergangenheit mit Blick auf WTO-Regeln recht schnell wieder vom Tisch genommen worden. Sollten die USA unter Trump und seinem Handelsminister Navarro nun aber bereit sein, die WTO-Regeln willentlich und wissentlich zu ignorieren und die Gültigkeit multilateraler Abkommen und Organisationen aufzukündigen, besteht nicht zuletzt die Gefahr von Dominoeffekten durch andere weltwirtschaftliche Akteure.

Für die EU ergibt sich aus Brexit und amerikanischen Protektionismustendenzen die wichtige Aufgabe, die Bedeutung multilateraler Organisationen und Abkommen für die globale Handelspolitik zu unterstreichen und ihre Relevanz aufrecht zu erhalten.